

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die englische Sphinx.

London, 16. Februar. (W.Z.) Bonar Law teilte gestern im Unterhause auf verschiedene Anfragen über die Schulden Frankreichs, Italiens, Belgiens und der anderen Länder an England mit, er habe der Pariser Konferenz einen Plan unterbreitet, in welchem die britische Regierung eine allgemeine Regelung der Frage der Reparationen und internationalen Schulden empfiehe. Was die Zukunft betreffe, so könne er nur sagen, daß die

Britische Regierung vollkommen freie Hand

besitze, um eine dieser Fragen oder beide wieder aufzurollen, wenn sich eine geeignete Gelegenheit dazu bietet. Abgesehen von einem Wiederaufbaufredit von neun Millionen Pfund Sterling, postum Zinsen in bar gezahlt werden, schuldet Belgien England nichts mehr.

Mac Reill erklärte auf eine Anfrage Morels über die Befestigung badischer Städte durch französische Truppen, die Rheinlandkommission habe auf Initiative des französischen Oberkommissars einer Verfügung zugestimmt, die die erwähnten Städte ihrer Jurisdiktion unterstelle. Der britische Vertreter habe sich der Teilnahme an diesem Beschluß enthalten.

Bonar Law erwiderte auf eine Anfrage des Liberalen Benn, ob er den britischen Vertreter im Völkerbund anweisen werde, die Frage der Revision des Versailler Vertrages aufzuwerfen, er glaube nicht, das irgendein Vorteil aus dem vorgeschlagenen Verfahren entstehen würde.

Auf verschiedene Anfragen, ob von Seiten der französischen Regierung irgendein Ersuchen gestellt worden sei, einen kleinen Teil des britischen besetzten Gebietes der französischen Besetzung abzutreten, um die Wegschaffung der Ruhrkohle und den Durchgang der französischen Truppen zu erleichtern, erwiderte der Premierminister, die französische Regierung habe kein derartiges Ersuchen gestellt.

Das Mitglied der Arbeiterpartei Buxton fragte den Premierminister, ob die Ansicht der Rechtsberater der Krone über die Frage eingeholt worden sei, ob die

Aktion der Franzosen dem Verträge von Versailles widerspreche. Der Premierminister verneinte diese Frage. Buxton fragte hierauf, ob die Ansicht der Rechtsberater im besonderen darüber eingeholt werden wird, ob die Aktion auf Grund des Teiles 8 des Friedensvertrages, auf den die Franzosen ihre Aktion gründen, die einstimmige Zustimmung der Reparationskommission erfordert. Auf diese Anfrage erwiderte Reill, es würde zwecklos sein, den von Buxton vorgeschlagenen Weg zu verfolgen, weil die Ansicht der Rechtsberater auf die Auslegung britischen Gesetzes durch britische Gerichtshöfe gegründet sein würde und diese Grundzüge und deren Auslegung vielleicht für andere Nationen nicht annehmbar sein würden.

Das Parlamentsmitglied Benn fragte, ob es nicht Lauffache sei, daß die Auslegung von Teil 8 auf der einstimmigen Entscheidung der Reparationskommission beruhen müsse. Wie habe der britische Vertreter gestimmt? Reill fragte: Ueber welche Frage? Benn erwiderte: Ueber die Frage, ob der Vormarsch in das Ruhrgebiet den Bestimmungen des Teiles 8 entspricht. Reill antwortete: Soweit er sich erinnere, habe der britische Vertreter seine Stimme überhaupt nicht abgegeben. Benn sagte darauf, wenn dem so sei, wie könne es dann die einstimmige Entscheidung der Reparationskommission sein? Reill erwiderte, er habe keine Mitteilung gemacht, daß sie einstimmig gewesen sei.

England meldet seine Ansprüche an.

London, 16. Februar. (W.Z.) Die Industrielle Gruppe des Unterhauses erörterte gestern Vorschläge betr. sofortige Forderung der Kriegsschulden aller Nationen einschließlich der deutschen Reparationen. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß, wenn die politischen Schwierigkeiten überwunden werden könnten, eine derartige Operation von großer Bedeutung für die kommerzielle und finanzielle Wiederherstellung sein würde. „Times“ zufolge wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Forderung der Kriegsschulden der anderen Länder an Großbritannien nicht länger aufgeschoben werden sollte, da die bereits erhaltene Wirtschaftskrise in England sonst noch verschlimmert werden würde. Besonders wurde auf die herrschende Arbeitslosigkeit verwiesen. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß die Wiederherstellung des Außenhandels nur durch Stabilisierung der internationalen Finanzen möglich sei. Die weiteren Beratungen wurden bis zur folgenden Woche aufgeschoben, um die eingebrachten Vorschläge näher zu prüfen. Dann soll der Regierung ein konkreter Plan unterbreitet werden.

Die Erörterungen der industriellen Gruppe des Unterhauses und der ihr nahestehenden Presse über die Rückzahlung der Schulden der Verbündeten an England sind symptomatisch für die Stimmung, die in den maßgebenden politischen Kreisen Englands um sich greift. Diese Stimmung geht dahin, daß England nach dem Fehlschlagen aller Versuche, eine Neuregelung der Reparationsfrage unter ökonomischem Gesichtspunkte herbeizuführen, nun an die Eintreibung der Schulden seiner Verbündeten gehen müsse. Seine Schuldverpflichtungen in Amerika hat England neuerdings geregelt und zeigt deshalb um so weniger Reizung, den Verbündeten, von denen insbesondere Frankreich ungeheure Beiträge an England schuldet, ihre Schulden zu erlassen. Die gestrige Erklärung Bonar Laws, daß England leht in der Frage der Reparationen und der internationalen Schulden völlig freie Hand habe, scheint darauf hinzudeuten, daß die englische Regierung nun die Schuldenfrage benutzen will, um einen entsprechenden Einfluß auf die weitere Gestaltung der kontinentalen Verhältnisse, insbesondere auf die Befestigung des Ruhrkonfliktes, zu gewinnen.

Verhandlungen zwischen Bonar Law und Poincaré.

Paris, 16. Februar. (W.Z.) Nach Nachrichten, die aus London vorliegen und vom „Mail“ verbreitet werden, ist gestern abend nach Schluß des Kabinettsrates in politischen Kreisen das Gerücht verbreitet gewesen, daß die Fragen, die augenblicklich zwischen Le Troquer und der englischen Regierung besprochen werden, sich an Umfang ausdehnen könnten und daß in kurzer Zeit eine Aussprache zwischen Poincaré und Bonar Law nötig sein werde. Im Foreign Office sei erklärt worden, man sei nicht in der Lage, dieses Gerücht zu bestätigen oder zu dementieren.

Noch keine Entscheidung über die Eisenbahnfrage.

London, 16. Februar. (W.Z.) Die Besprechungen, die der französische Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer gestern mit Bonar Law, Lord Curzon, Lord Derby und Lord Salisbury hatte, drehten sich nicht nur um die Uebergabe der Eisenbahnlinie von Düren nach Trier, sondern auch um das Recht der Franzosen, künftig alle die Kölner Besetzungszonen durchlaufenden Eisenbahnlinien für Truppentransporte benutzen zu dürfen. Le Troquer konnte darauf aufmerksam machen, daß im Ruhrgebiet eine häufige Auswechslung der Truppen vorgenommen werden müsse und daß infolgedessen die Franzosen das Recht haben müßten, diese Truppen so rasch wie möglich an Ort und Stelle zu bringen, wozu ihnen das Verfügungsrecht über alle Eisenbahnen im Kölner Besetzungsgebiet unerlässlich sei, zumal auch der Fall eintreten könnte, daß Unruhen im Ruhrgebiet ausbrächen und infolgedessen Truppenverstärkungen rasch herangebracht werden müßten.

Die englische Regierung gab ihre Antwort noch nicht bekannt; doch hat man den Eindruck, daß sie zwar geneigt wären, den Franzosen die Linie Düren-Trier sowie das dazugehörige Gebiet vollkommen zu überlassen, daß aber die Engländer aus prinzipiellen und juristischen Gründen nicht in der Lage wären, den Franzosen zu gestatten, alle die Kölner Besetzungszonen durchquerenden Eisenbahnlinien zu benutzen.

Die französische Abordnung berief sich auf eine unmittelbar nach dem Waffenstillstand getroffene Abmachung, wonach es dem Oberkommandierenden der Besatzungstruppen gestattet sein müsse, zu Truppentransporten alle im besetzten Gebiet liegenden Eisenbahnlinien zu benutzen. Die englische Regierung steht dagegen auf dem Standpunkt, daß solche Erlaubnis zu schweren Zwischenfällen zwischen den deutschen Eisenbahnen und den Besatzungstruppen führen müsse und daß daher die Engländer, da sie das Kölner Gebiet besetzt halten, unter Umständen eingreifen müßten, wodurch sie aus ihrer neutralen Stellung herauszutreten gezwungen wären.

Der Oberbürgermeister Dortmunds verhaftet

Dortmund, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag marschierte in Dortmund eine Schwadron Kavallerie in Begleitung von einer Maschinengewehrkompanie ein und umstellte zunächst das Rathaus. Der Oberbürgermeister Eickhoff wurde ohne Angabe von Gründen verhaftet. Ebenso wurde das Reichsbankgebäude umstellt, dessen Direktor gleichfalls ohne weiteres festgenommen worden ist. Auch das Landratsgebäude wurde unter gleichen Umständen durchsucht und der stellvertretende Landrat, Regierungsassessor Bitter, verhaftet. Nach diesen Verhaftungen verließen die Truppen die Stadt. Die Verhafteten sollen nach Cassel gebracht sein.

Der Magistrat erließ gegen diesen neuen Willkürakt sofort einen Protest. Am fünf Uhr nachmittags ist eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung einberufen, die sich mit der Verhaftung des Oberbürgermeisters beschäftigen wird.

Das Essener Polizeipräsidium umstellt.

Dortmund, 1.30 Uhr nachmittags. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir schon erfahren, ist das Essener Polizeipräsidium von französischen Truppen umstellt worden. Die Beamten des Polizeipräsidiums sollen anscheinend verhaftet werden.

Belagerungszustand in Pirmasens.

Pirmasens, 16. Februar. (W.Z.) Die Besatzungsbehörde hat den Belagerungszustand über die Stadt verhängt, weil die hiesige Bevölkerung unter Absingen vaterländischer Lieder gegen die Verhaftung des ersten und zweiten Bürgermeisters eine Protestkundgebung veranstaltet hatte. Bei der Kundgebung wurde ein Mann schwer verwundet.

Schwankungen des Dollarkurses.

Zeitweise bis auf 16000 zurück, dann wieder 19000!

Heute scheint die Baisse an der Berliner Börse ihren Tiefpunkt erreicht zu haben. Der Dollar gab zunächst unter dem Drucke starker Verkäufe der Reichsbank und der von ihr beauftragten Banken bis auf 16000 nach. Sehr bald setzte aber eine kräftige Aufwärtsbewegung ein, die den Dollar gegen Mittag bis auf 19250 brachte. An der Börse kursieren Gerüchte, daß die in den letzten Tagen eingetretene heftige Abwärtsbewegung der Devisenkurse zahlreiche Unternehmungen des Warengroßhandels in ernste Bedrängnis gebracht habe. Man spricht bereits von Zahlungsschwierigkeiten in Hamburg und Berlin. Der Export ist durch die heftigen Schwankungen ebenfalls ziemlich lahmgelegt.

An der Effektenbörse gingen im großen und ganzen die Kurse noch weiter zurück. Aber auf der Grundlage des jetzt erreichten Tiefpunktes setzten bereits Reinigungsäufe der Berufsspekulation ein.

Ruhrbesetzung und Kultur.

Von Richard Bohmann.

Seit der große politische und wirtschaftliche Kampf an der Ruhr entbrannt ist, sind alle kulturellen Fragen in der öffentlichen Diskussion noch mehr als sonst zurückgedrängt worden. Und doch stehen Wirtschaft und Kultur auch hier in einem unmittelbaren und ursächlichen Zusammenhang: am Grabe der deutschen Wirtschaft würde der kulturelle Fortschritt der letzte Leidtragende sein.

An verheißungsvollen Anzeichen zu einer neuen kulturellen Entwicklung hat es in den letzten Jahren ganz gewiß nicht gefehlt, aber ebensovwenig an Hemmungen, die sich gerade aus der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Republik ergaben. Da Kulturarbeit nun einmal ihrem innersten Wesen nach in ihrem Wert und in ihrer Notwendigkeit nicht durch Augenblickserfolge beengt werden kann, so wurde die Sparschraube am kräftigsten bei ihren Bedürfnissen angezogen, so kräftig und so hart, daß man schon daran dachte, ihr durch eine besondere Kultursteuer eine finanzielle Lebensquelle neben den knappen Etats von Reich, Ländern und Gemeinden zu erschließen. Durch die Folgen der Ruhrbesetzung wird die Not noch dringlicher werden, wird auch zugleich dieser Gedanke einer Kultursteuer nicht weiter verfolgt werden können. Um so nachdrücklicher muß darauf hingewiesen werden, daß ein Volk in politischer und wirtschaftlicher Not sich selbst aufgibt, wenn es seine kulturellen und sozialen Bedürfnisse ausschalten wollte, daß nur aus innerer Erneuerung die Kräfte zur Ueberwindung politischer und wirtschaftlicher Nöte emporkriechen können. Kulturelle Gegenwartsarbeit ist Zukunftsarbeit für die Deutsche Republik und ihren sozialen Ausbau. Mehr als bisher noch müssen wir also jetzt darauf bedacht sein, die Mittel eines mageren Haushalts gleichmäßig auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Ausgaben zu verteilen.

Gerade die Sozialdemokratie als die Trägerin der Deutschen Republik sollte dabei bedenken, daß die Stagnation auf kulturellem Gebiete, die Einstellung von Kulturaufgaben aus mangelnden Mitteln lediglich der Reaktion, lediglich den Feinden der Republik, lediglich den Gegnern sozialen Fortschritts zugute kommt. Oder wem dient es sonst, wenn jetzt die Volkshochschulen ihre Tore schließen, die Reform der Lehrerbildung vom Reichsfinanzministerium unterbunden wird, Privatschulen nicht abgebaut werden können und die Erneuerung des höheren Schulwesens unterbleiben muß? Wenn die Ruhrbesetzung hier noch zu weitergehenden Maßnahmen Veranlassung geben sollte, so hätte der französische Militarismus einen langdauernden Sieg über die Deutsche Republik errungen. Das soll und das darf nicht sein.

Schon die Zurückdrängung des öffentlichen Interesses von der Erörterung kultureller Fragen bedeutet eine nicht zu unterschätzende Stärkung der Reaktion. Es ist eine Art stillschweigenden „Burgfriedens“, halb absichtslos und halb bewußt, in diesen Fragen entstanden, und unter der Dede des Schweigens der öffentlichen Meinung können gerade auf schulpolitischem Gebiet die Geschäfte der Reaktion unbemerkt gefördert werden. Wer denkt heute noch daran, daß just im Augenblicke der Ruhrbesetzung eine groß angelegte Unterschriftensammlung für die konfessionelle Schule veranstaltet wurde, deren Ergebnis nun trotz der inzwischen eingetretenen außenpolitischen Schwierigkeiten vorliegt und der die Gegner der Konfessionalisierung unseres Schulwesens aus Rücksichten auf die außenpolitische Situation zur Zeit keine Abwehraktion entgegenzustellen wagen! Auch hier gilt es bei aller Würdigung der politischen und wirtschaftlichen Not die Augen offen zu halten, damit nicht unserer Kultur ein nie wieder gützumachender Schaden erwächst.

Bereitschaft fordert die Stunde auch gegenüber den nationalstolischen Heuschreckenschwärmen, die die zarten Keime einer neuen Kultur innerhalb der Deutschen Republik rettungslos zu vernichten drohen. Die Antwort auf den Gewaltakt des französischen Militarismus darf nun und nimmer ein deutscher Kulturkaupinus sein. Wenn deutsche Bühnenleiter Mollere vom Spielplan absetzen, weil die Franzosen an der Ruhr stehen, wenn der bayerische Kultusminister die Ruhrbesetzung zum Anlaß nimmt, um den französischen Unterricht an den höheren Schulen Bayerns zu beseitigen, so sind das Symptome einer nationalstolischen Psychose, denen wir nicht tatenlos zusehen können. Denn was wir hier weiterhin sichtbar in einigen besonders charakteristischen Beispielen erleben, das wiederholt sich in diesen Wochen vielfach und in immer neuen Varianten innerhalb der Schulzimmer unserer Deutschen Republik. Auch dies ist eine Gefahr, die wir über den Sorgen unseres Abwehrkampfes gegen die Ruhreindringlinge nicht vergessen dürfen. Keine Augenblicksgefahr vielleicht, aber eine um so größere Gefahr für die Zukunft. Das Geschlecht, das unter der „Erbfeind“-Einstellung behranwächst, dessen Nationalgefühl man in völkischen Egoismus umfälscht, dem man die Ueberzeugung einhämmer, daß der gordische Knoten der Ruhrbesetzung nur mit dem Alexanderstwert durchhauen werden könne, dieses Geschlecht wird nicht zur Erhaltung und zum Ausbau der Deutschen Republik taugen.

Es gilt also, über allen Sorgen, die uns von draußen umdrohen, die Augen nach innen offen zu halten, über der gefährdeten Reichseinheit, über der bedrohten Wirtschaft nicht die gefährdete Kultur zu vergessen, die Kultur, von der wir hoffen, daß sie, getragen von der deutschen Arbeiterkraft, die soziale Sehnsucht unserer Zeit und unseres Volkes erfüllen

soil. Lassen wir dem französischen Militarismus das Prinzip, Stätten der Kultur mit der Reitzepeische zu räumen, und sorgen wir dafür, daß dieser Militarismus durch die Auswirkungen seines Tuns nicht auch der deutschen Kultur unheilbaren Schaden zufügt.

Der Reichskanzler an die Landwirte.

Die 32. Plenarsammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates, die heute begann, stand unter dem Eindruck der Befehung des Ruhrgebietes. Der Vorsitzende Brandes brachte die Sympathie der Landwirte für die Ruhrbedürftigen zum Ausdruck und versprach, daß die Landwirtschaft sie im Kampfe um das Ruhrgebiet mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen wolle. Die Getreideumlage mühte möglichst schnell abgeliefert werden.

Reichskanzler Dr. Cuno

ergriff sodann das Wort und führte u. a. aus: Wieder einmal sind Volk und Vaterland im Kampfe um ihr Dasein. Es gibt keine Schicht unseres Volkes, die nicht die ganze Schwere und seine Bedeutung für die Zukunft würdige. Der Kampf richtete sich gegen den französischen Imperialismus und zugleich gegen die Lebermacht und den kapitalistischen Hochmut des Feindes. Wir schöpfen unsere Kraft aus dem reinen Gewissen, das wir vor unserem Volke und vor aller Welt haben, aus der Ueberzeugung, daß nichts unternommen wurde, was uns jeht als Mangel an Leistungswillen nachgesagt werden könnte. Wir schöpfen sie aus dem Bewußtsein, daß auch diese Politik diejenige maßvoller Besonnenheit ist, auf die sich alle Schichten des Volkes vereinigen müssen, wenn anders sie ihr Vaterland erhalten wollen. Unsere Kraft sind nicht die Waffen, sondern die einfachen und natürlichen Mittel der Befehung jeder Wirtshilfe für den Feind, die passive Abwehr, über die keine Macht der Welt triumphieren kann, weil sie im Willen, im Herzen ruhen und nicht ausgerottet werden können, wenn wir zusammenhalten. Diese Waffen sollen angewandt werden vom ganzen Volke. Wir haben den Kampf aufgenommen, um weitere Volksgemeinschaft, bei dem es kein Oben und Unten gibt, kein Mehr oder Weniger an Patriotismus, bei dem ein jeder wissen muß, daß es um das Wohl der Gesamtheit, aber auch um seine eigene Zukunft geht. Wo könnte dieses Bewußtsein lebendiger sein als in der Landwirtschaft, die in der Arbeit auf der eigenen Scholle das höchste Glück sieht? Jeder einzelne sollte danach gewertet werden, inwiefern er mit der Festigkeit seines Willens und mit seiner Arbeit dazu beiträgt, daß die Abwehrfront an der Ruhr aufrechterhalten wird. Dazu muß die Ernährung gesichert werden. Das ist nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch eine Preisfrage. Ich weiß, daß Sie mit mir einig sind, daß mit dem Brote nicht spekuliert werden darf. Ich richte diese Mahnung an alle Stände, auch an die im besetzten Gebiet, wo leider: Wucher und Spekulation wieder ihr Haupt erheben.

Jeder, der mit Nahrungsmitteln Wucher treibt, ist ein Verräter am Vaterlande.

Der Reichskanzler stellte der Landwirtschaft den Dank für die Spenden ab und fuhr fort: Der Kampf muß auf lange Zeit eingestellt werden und nicht eine Stunde zu früh dürfen die Lieferungen aufhören. Die Einfachheit der Lebenshaltung muß in allen Kreisen Platz greifen. Halten wir uns der ganzen Ernst der Lage vor Augen, wie der Kampf auch ausgehen mag, wir gehen schwereren Zeiten entgegen als die, die jemals dagewesen sind. Der Abwehrkampf wird jedem aus dem Volke gewisse Opfer auferlegen. Wie der Kampf ausgehen wird, das weiß keiner. Solange aber die Einheitsfront aufrechterhalten bleibt, können wir nicht überwinden werden.

Der preussische Landwirtschaftsminister, ein Vertreter der bayerischen Regierung und Dr. Sorge vom Reichsverband der Deutschen Industrie übermittelten der Logung die Grüße der Landesregierungen und der Industrie. Dann trat man in die sachliche Beratung ein. In einem ausführlichen Referat glaubte Kammerherr v. Kradell den Willen zur Abwehrfront dadurch bekräftigen zu müssen, daß er unter dem Beifall der Versammlung für die restlose Ueberhebung der Zwangswirtschaft und damit für die vollkommene Wucherfreiheit eintrat.

Radaupatrioten. Aus Anlaß des Vortrages des Berliner Professors Kistner in Wien über das Thema „Deutsche Kultur und deutsche Nation“ hatte sich vor dem Gedäude, in dem der Vortrag stattfand, eine Anzahl von Segnern gesammelt, die jedoch durch die Polizei zerstreut wurden. Hierbei wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Der Vortrag selbst nahm einen ungestörten Verlauf.

Scheinpatriotismus.

Von Bruno Manuel.

Die Hoteliers in Deutschland, denen die Heimat über den Franzosen schütten jetzt patriotisch mit den Köpfen, wenn Franzosen hereinkommen, um bei ihnen zu essen und zu schlafen. Die patriotischsten Gastwirte, die ihre Schwelle besonders rein erhalten möchten, haben sogar grüne Zettel an die Scheiben geklebt: Franzosen und Belgier werden nicht bedient! Sie haben auch, in Erkenntnis spartanischer Notwendigkeiten, ihren Frühstücksgästen das Butter- und Eieressen des Morgens radikal abgewöhnt. Nun fühlen sie sich um diverse Grade freier.

Der Herr General von Kollat, der hier in Berlin für Frankreich nach dem Rechten sehen soll, muß jetzt im Adlon auf seinem Zimmer frühstücken, damit den noch immer dort absteigenden Deutschen nicht der Appetit vergeht. Nun frühstückt er recht vergnügt unter Ausschluß der deutschen Öffentlichkeit, wobei er wenigstens um die spartanischen Notwendigkeiten gekommen ist und weiter Butter und Eier serviert bekommt.

Es gibt jetzt in deutschen Hotels eine Unmenge Herren von Kollat deutscher und auch anderer Nationalität, die sämtlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit frühstücken, wobei sie wenigstens um die spartanischen Notwendigkeiten kommen.

Es werden auch keine französischen Weine mehr aus den Kellern geholt. Deutscher Wein und deutscher Sang ist jetzt die Lösung. Wir möchten es den Franzosen zeigen, wie sehr wir sie entbehren können. Ein naturgewollter Zufall besorgt es, daß der dennoch ausgezeichnete Bordeaux und die berühmten Marken aus der Provence durch längeres Lagern nicht schlechter werden. Und ein von Menschen gemachter Zufall besorgt das übrige: daß der ausgezeichnete Bordeaux und die berühmten Marken aus der Provence übers Jah: nochmal so teuer verkauft werden können.

Es hat auch ganz aufgehört, daß wir so delikate Dinge in den Schaufenstern betrachten dürfen, weil in dieser Zeit allgemeiner Not dadurch gefährliche Leidenschaften in uns aufgeflackert werden könnten. Wir dürfen höchstens hineingehen in solch ein Geschäft und so delikate Dinge ausdrücklich verlangen. Dann werden sie für uns extra aus den Vorratskammern geholt; wir dürfen sie entsprechend bezahlen und können dann damit nach Hause gehen, um uns in engstem Familienkreise daran aufzuschneiden, was der Erhaltung öffentlicher Ordnung keinen Abbruch tut.

Die patriotischen Zimmervermieterinnen haben es sich auch ganzlich abgewöhnt, Besuchergästen den Vorrang zu geben. Kommt zufällig mal ein Amerikaner oder ein Japaner und ersieht förmlich Obdach, dann fragen sie erst abweisend: „Wieviel gedachte der Herr denn anzubringen? — Zehn Dollars im Monat? — Ja, ich denke, es wird sich ausnahmsweise machen lassen!“ Es soll aber keinen

Becker über Deutschlands Lage.

Der Reichskohlenrat trat gestern zum erstenmal seit der Befehung des Ruhrgebietes zusammen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Bergrat Reine, nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Becker das Wort. Er führte aus: Drüben geht nun seit 5 Wochen der schwere Kampf, der von der Ruhe ausgeht und sich rückwärts bis an den Rhein auswirkt. Der französische Einbruch hat schwere wirtschaftliche Wirren in eine Bevölkerung getragen, die endlich einen wahrhaften Frieden ersehnte und deren Leben nur in friedlicher Arbeit besteht. Die Waffen, die auf der anderen Seite gebraucht werden, sind nicht gut und nicht den unseren gleich. Brutaler Militarismus und Imperialismus in aller schlimmster Form, während uns nichts weiter als unser gutes Recht zur Verfügung steht, daneben aber vor allem der Wille, in der Abwehr bis zum Ueberlebens auszuhalten. Ueber das Ziel dieses Kampfes kann in Deutschland und in der ganzen Welt wohl kein Zweifel bestehen. Frankreich und sein Trabant Belgien streift seine Hand nicht nur nach dem Rhein aus, um seine Herrschaft auf dem europäischen Festland zu festigen und die Zertrümmerung Deutschlands zu vollenden, es möchte auch das Letzte, was uns geblieben ist,

unseren Wirtschaftskreis, vernichten.

Wir haben diesen Kampf nicht gewollt, wir sind ihm ausgewichen, solange es möglich war und manche meinen, über die Grenzen des Möglichen hinaus.

Was unsere Brüder dort drüben alltäglich zu leiden haben, ist fast unerträglich. Aber einmütig steht die Bevölkerung in trotziger Abwehr. Ihnen allen, besonders aber unseren Brüdern vom Bergbau, rufen wir ein dankbares „Gut auf!“ zu. Die aber, die heute glauben, an die Stelle des Rechtes die brutale Macht setzen zu können, mögen aus dem bisherigen trostlosen Ergebnis erkennen, daß das deutsche Volk trotz aller politischen und wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten in der Verteidigung der Heimat und der wirtschaftlichen Freiheit treu zusammensteht. Mit Kanonen und Bajonetten kann man ein wehrloses Volk knechten, aber niemals Kohlen fördern oder Kohlen aus Deutschland herausbringen und niemals das deutsche Volk zu Fronarbeiten zwingen. Als freies Volk auf freiem Grunde arbeiten, das ist das Ziel, um das der Kampf geht, und davon wird uns keine Macht der Welt abbringen. Wir werden diesen Kampf um unsere wirtschaftliche und politische Freiheit wie bisher als Abwehrkampf führen, mit jäher Geschlossenheit.

Auf die vom Vorsitzenden geäußerten einzelnen Wünsche eingehend, erklärte der Wirtschaftsminister, daß der Reichsregierung die Sorge für eine ausreichende Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes besonders am Herzen liege und daß das Reichs Ernährungsministerium, unterstützt von der Landwirtschaft, mit freiwilligen Gaben aller Notwendigen veranlassen werde. Ebenso werde alles geschehen, um die notwendigen Geldmittel aufzubringen, den in Not geratenen Bevölkerungsteilen Hilfe zu bringen. Die zur Befehung stehenden öffentlichen Mittel würden hierfür bis zum letzten Pfennig ausgenutzt und noch weiter erhöht.

Die Bekämpfung des Wuchers

Ein Kapitel, über das alltäglich die schwersten und zum größten Teil gerechtfertigten Klagen laut würden. Zur Abwehr dieser am Mark des deutschen Volkes zehrenden Krankheit seien Regierung und Bevölkerung gemeinsam berufen. Die Regierung habe getan, was sie tun konnte, und das in Vorbereitung befindliche Notgesetz solle neue Waffen für diesen Kampf bieten. Wer in diesem Kampf mithelfe, sei der Bundesgenosse der Regierung.

Befreiungsversuch von Max Holz.

Von mehreren Personen ist der Versuch unternommen worden, den Strafgefangenen Max Holz aus dem Zuchthaus in Breslau zu befreien. Die Personen waren in das Gefängnis eingedrungen, hatten den Posten überrollt und ihm die Schlüssel entzogen. Durch Dozwischentreten anderer Beamten wurden die Eindringlinge an der Ausführung ihres Planes verhindert, doch gelang es ihnen, unerkannt zu entkommen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsmarktlage in Sachsen hat sich verschlechtert. Entlassungen und Arbeitsverdrängungen nehmen stark zu. Wie von zentraler Stelle mitgeteilt wird, sind im Oktober vorigen Jahres 80, im November 141 und im Januar dieses Jahres sogar 325 Fälle von Betriebsstillegungen im sächsischen Arbeitsministerium erörtert worden.

Amerikaner und keinen Japaner in Deutschland geben, bei dem es sich nicht hat ausnahmsweise machen lassen.

Welch eine erhebende Angelegenheit ist doch solch ein Nationalbewußtsein.

Ein erster zentralasiatischer Film wurde am Donnerstag in der Urania (Laubenstraße) vorgeführt. Dr. Colin Ross, der unlängst über ein ähnliches Thema sich in der Philharmonie verbreitet hatte, referierte wieder; die kinematographischen und photographischen Aufnahmen, die seine Ausführungen illustrierten, stammten von ihm selbst. Es war eine lange und nicht ungehörige Reise, der sich dieser „Weltreisende auf eigene Faust“ unterzogen hatte. Sie führte durch die Kaukasusländer, durch Armenien, Kurdistan, Persien, Maro, Buchara, Tadschikent nach Samarkand. Es war nicht immer nur eine Fahrt mit der Kamera, sondern oft auch eine solche mit der Büchse. Ganz wunderbar in ihrer Plastik und Anschaulichkeit wirkten die Bilder. Sie gaben Straßen- und Bazarszenen, zeigten Landschaften, Stadtschnitte, Gebäude (namentlich Bauwerke aus der Timuridenzeit) und das rege Innenleben der orientalischen Bazar. Der Knapp, niemals sich ins Weißschweine verleitende Vortrag, der hier und da politische Streiflichter aufblitzen ließ, verband die sich abrollenden Bilder. Am Schluß seiner Ausführungen wies Colin Ross noch besonders darauf hin, daß die unter dem Stichwort „Asien den Affen“ immer mehr an Boden gewinnende Bewegung zurzeit viel zu wenig in Europa beachtet und höchst wahrscheinlich schon in verhältnismäßig kurzer Zeit dem größten der Erdteile ein neues politisch-wirtschaftliches Gepräge geben würde. 1.

Das Ruhrrevier in der deutschen Dichtung. Unter diesem Titel hat Otto Ernst Hesse im Zentralblatt Berlin eine Auswahl von Gedichten gesammelt, die das Ruhrrevier und seine Bewohner behandeln. In der Einleitung gibt er einen knappen Ueberblick über diesen Kreis, der von der Volksdichtung über die Romantik zu Freilicht (Fürs schwarze Land“ 1866) reichte und dann größere Bahnen beschrieb, Heinrich Kämpfers ist der proletarische Sänger der Bergarbeit. 1913 kommt Paul Jech mit seinem neuerdings erweiterten „Schwarzen Revier“ heraus und wird mit Jos. Winkler, dem Bergmann Otto Wohlgemuth (unserem Mitarbeiter) und Christoph Dieprecht der Schöpfer einer neuen Ruhrdichtung. Die Berg- und Hüttenarbeit, die eigenartig bevolllichte Landschaft, das Leben in der Tiefe und der Aufstieg nach der Höhe wird darin schweremütig und düster, aber auch kraftvoll und heiß lebendig. Der gewaltigste Rhythmus der Arbeit pulst darin, der sich schweigend, um das Unrecht an der eigenen Heimat zu verteidigen. Von all diesen Dichtern gibt das Buchlein gute Proben. Es hätte auch Franz Diederichs im gleichen Revier entstandene Sammlung „Die Hämmer dröhnen“ berücksichtigen sollen und mag es in einer neuen Auflage nachhaken.

Emmanuel Reicher, der in der Berliner Theaterwelt lang vermisst, ist nach Jahren der Abwesenheit wieder zurückgekehrt. Er spielte im Renaissance-Theater in Tschirnows Tendenzstück „Die Juden“ einen alten Uhrmacher Leifer Frenkel, dem energiegelad über dem Schicksal seines gemarterten Volkes die großen Gedanken der Menschheitsverbrüderung nur als leeres Hohn er-

Wilhelm Groger

Am Dienstagabend, einen Tag nach seinem 45. Geburtstag, starb an Lungentuberkulose unser seit Jahren im Dienste des Parteivorstandes stehender Genosse Wilhelm Groger. Bald nach Beendigung seiner Lehrzeit als Buchhandlungsgehilfe schloß er sich unserer Partei an. Die sozialen Nöde des Lebens, längere Arbeitslosigkeit, trieben ihn aus seinem Berufe hinaus und zwangen ihn, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie als ungelernter Arbeiter zu erwerben.

Im früheren 4. Berliner Reichstagswahlkreis, im Arbeiterviertel des Berliner Ostens, war er den Parteigenossen als überaus eifriger und tätiger Genosse bekannt, bis ihn das schleichende Leiden der schweren Lungenerkrankung in letzter Zeit von der Parteiarbeit zurückhielt.

Seine lautmännliche Tätigkeit demog den Parteivorstand, ihn im Jahre 1910 als Geschäftsführer für des Sozialdemokratische Pressebureau anzustellen. Bei Auflösung des Bureau kurze Zeit nach Kriegsausbruch übernahm ihn der Parteivorstand als Angeordneten für sein Bureau.

An seiner Bahre trauert die Witwe mit zwei noch unmündigen Kindern. Der Parteivorstand verliert in ihm einen tüchtigen Angestellten, die Berliner Parteigenossen einen in der Kleinarbeit rührigen, zuverlässigen Genossen, der sich ein ehrenvolles Andenken verdient hat.

Der Terror gegen die Schupo.

Gelsenkirchen, 16. Februar. (WZ.) Im Laufe des gestrigen Abends trafen sechzehn von den in Reddinghausen gefangengehaltenen Gelsenkirchener Schupo-Beamten hier ein. Wie sie ausgefogen, wurde ihnen das erste Brot und je ein Teller Suppe Mitwochmittag gereicht, das zweite Essen erhielten sie am Donnerstag. Andere Speisen zu genießen, wurde ihnen nicht gestattet. In der Zelle mußten sie auf einer dünnen Schicht Stroh während der ganzen Zeit liegen. Es wurde ihnen nicht erlaubt, auch nur eine Stunde stehend zuzubringen, lediglich gestern, Donnerstag, wurde ihnen gestattet, kurze Zeit aufrecht zu stehen. Mehrere der Beamten waren verwundet; sie wurden weder verbunden noch ihre Wunden beachtet. Gestern morgen legten die Gefangenen durch einen Dolmetscher Protest gegen ihre Gefangennahme ein, worauf gestern nachmittag 4 Uhr die erste Vernehmung begann. Dann erfolgte die Entlassung der 16 Beamten, und zwar in der Weise, daß sie einzeln entlassen wurden, um Aufsehen auf der Straße zu vermeiden.

Neue deutsche Verfehlungen.

Paris, 16. Februar. (WZ.) Havas meldet amtlich: L. Reparationskommission hat von der Rote der deutschen Rücklieferungskommission vom 29. Januar 1923 Kenntnis genommen, die den Bestand von Maschinen und Material, das an Belgien und Frankreich zurückzuführen ist, aufhebt, und hat mit drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung — der des englischen Vertreters — die Verfehlung Deutschlands festgestellt. Sie hat mit drei Stimmen das Verfahren festgestellt hinsichtlich der Stofflieferungen, die Deutschland im Jahre 1923 liefern soll. Sie hat den Kohlen empfangenden Ländern mitgeteilt, sie möchten kraft des Vertrages ihre Kohlenanforderungen für 1923/24 bekanntgeben.

Geldentwertung und Steuerzahlung.

Im Finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wurde bei der Beratung des Gesetzesentwurfes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen mit 9 gegen 5 Stimmen ein Antrag von Arbeitnehmerseite angenommen, wonach bei Bezug der Steuerzahlung für den folgenden angefangenen Monat ein Zuschlag von 15 Proz. und für jeden folgenden Monat ein monatlicher um 5 Proz. erhöhter Zuschlag von der rückständigen Summe zu zahlen ist, während der Entwurf nur einen gleichbleibenden Zuschlag von 10 Proz. vorsah. Gleichfalls auf Antrag von Arbeitnehmerseite wurde mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen, dem § 42 des Einkommensteuergesetzes eine Bestimmung zuzufügen, durch die der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, zum Zwecke der Einpassung der Vorauszahlungen an die Geldentwertung unter Zustimmung des Reichsrats und des Steueraussschusses des Reichstags einen entsprechenden Aufschlag anzuordnen.

Es ist alles andere als eine Glanzrolle, leere, unechte Worte sind nicht mit Blut zu erfüllen, auch von einem großen Schauspieler nicht. Also ließ Reicher die Worte Worte sein und hielt sich an das, was der Figur in ihrer Stellung zum Ganzen abzurufen war. Er machte das, mit seinen Strichen beginnend, ganz groß und brachte es zum Schluß zu einer überwältigenden Wirkung. — Hoffentlich sieht man Reicher nun bald in einer Rolle, die seiner in allem würdig ist. k.

Der Rat des Rates.

Am Berliner Tag empfahl ein Regierungsrat als letzte Worte gegen die Uebergriffe der Franzosen eine „kräftig disziplinierte und wohlgeordnete Volksoberweisung“.

Berechtere Herr Rat!
Ihr Vorschlag verwundert mich in der Tat.
„Begeisterung ist keine Heringsware,
Die man einpöbelt auf viele Jahre“,
So hat, wie Sie vielleicht zu wissen belieben,
Ihr weiland Kollege Goethe in Weimar geschrie!
Und Bergweisung ist kein stilles Gewässer,
Das man, damit man die Weisen besser,
Sorgsam in Gräben und Röhren leitet
Und nach Bedarf übers Land verbreitet.
Wer die Bergweisung disziplinierte,
Registrierte und organisierte,
Verkehrte im Wesen jedes Element:
Der machte, daß das Feuer nicht brennt,
Der machte, daß das Wasser nicht leuchtet
Und daß die Sonne nicht mehr leuchtet —
Kurz, alles würde von ihm in der Welt
Mit Leichtigkeit auf den Kopf gestellt.
Glauben Sie nun wirklich, Sie brauchen nur frisch
Zu dekretieren vom Grünen Tisch,
Um die Jüggeloseit selbst zu zügel?
Ich fürchte, Sie können dabei aus den Bügeln!
Brach einmal die Volksoberweisung los
Wie die Lawast aus der Erde Schoß —
Und ich fürchte, das kommt noch, aber nicht nur
Begen Versailles, Poincaré und Ruhr —
Da gab' es kein Regeln und kein Halten,
Der Ordnung spalten solche Gewalten!
Und Sie, Herr Rat, mit Ihren Reden,
Mit Äfen, Tintenfäbern und Zahlen,
Mit arümem Tisch und Drehstuhlbesselei
Gerieten zuerst in den Hrenkeßel
Und flügen samt Ihrem Ordnungsimmel
Allen voran verkehrt gen Himmel.

Feier Michel.

Das Lesing-Theater wird Georg Kirchfelds Schauspiel „Die Mitter“ anläßlich des 50. Geburtstages des Dichters in seinem Spielplan aufnehmen. Die Uraufführung findet am Freitag, den 21. d. M., im Theater-Bereik (Theater Johannes Strauß) statt. Der 21. d. M. in der Garnisonkirche auf.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren die vom 1. März 1923 an im Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechoverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr 20 M., im Fernverkehr 40 M.
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 40 M., über 20 bis 100 Gramm 60 M., über 100 bis 250 Gramm 100 M., über 250 bis 500 Gramm 120 M.; im Fernverkehr bis 20 Gramm 100 M., über 20 bis 100 Gramm 120 M., über 100 bis 250 Gramm 150 M., über 250 bis 500 Gramm 180 M. — Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Einheitspauschale des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 1 M. nachgehoben.

Drucksachen bis 25 Gramm 20 M., über 25 bis 50 Gramm 40 M., über 50 bis 100 Gramm 60 M., über 100 bis 250 Gramm 100 M., über 250 bis 500 Gramm 120 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 150 M., über 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzeln versandte ungeteilte Druckbände zulässig) 250 M. — Ansichtskarten, auf deren Vorderseite außer dem Ort, dem Datum und der Unterschrift Größe oder ähnliche Höflichkeitformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 20 M.; Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postartengebühr. **Geschäftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gramm 100 M., über 250 bis 500 Gramm 120 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 150 M., für Warenposten bis 250 Gramm 100 M., über 250 bis 500 Gramm 120 M., für nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenposten werden nicht befördert.** Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Einheitspauschale des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 1 M. nachgehoben.

Päckchen bis 1 Kilogramm 200 M.; Pakete bis 3 Kilogramm (Abzone 300 M., Fernzone 600 M.), über 3 bis 5 Kilogramm (Abzone 500 M., Fernzone 1000 M.), steigend bis 2500 und 5000 M.; Zeitungspakete bis 5 Kilogramm (Abzone 250 M., Fernzone 500 M.) Briefsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt bis 5000 M. bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen 40 M., bei unversiegelten Wertpaketen 20 M., über 5000 bis 10 000 M. 80 M. bzw. 40 M., über 10 000 M. für je 10 000 M. oder einen Teil davon 80 M. bzw. 40 M.

Postanweisungen bis 1000 M. 60 M., über 1000 bis 5000 M. 90 M., über 5000 bis 10 000 M. 120 M., über 10 000 bis 20 000 M. 150 M., über 20 000 bis 30 000 M. 240 M., über 30 000 bis 40 000 M. 300 M., über 40 000 bis 50 000 M. 380 M., über 50 000 M. bis 100 000 M. 450 M.; Weisbetrug ist von 50 000 auf 100 000 M. erhöht.

Rohrpostsendungen, wenn Aufgabort und Bestimmungsort innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegen, für die Rohrpostkarte 160 M., den Rohrpostbrief 200 M.; wenn der Aufgabort oder der Bestimmungsort außerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegt, für die Rohrpostkarte 180 M., für den Rohrpostbrief 260 M. Die Einschreibgebühr ist auf 80 M., die Vorzeigengebühr für Rechnungen und Postaufträge auf 50 M. festgesetzt; am 15. Januar neu eingeführt ist bei Rechnungen und Postaufträgen eine Einziehungsgebühr von 1 von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge. Sie wird von dem eingezogenen Betrag abgezogen.

Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 1000 M. einschließlich 20 M., über 1000 bis 5000 M. einschließlich 30 M., über 5000 bis 10 000 M. einschließlich 40 M., über 10 000 bis 20 000 M. einschließlich 60 M., über 20 000 bis 30 000 M. einschließlich 80 M., über 30 000 bis 40 000 M. einschließlich 100 M., über 40 000 bis 50 000 M. einschließlich 120 M. usw. von mehr als 1 000 000 M. (unbeschränkt) 500 M.

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Fern-telegramme: Grundgebühr 160 M. und außerdem für jedes Wort 50 M.; für Dritelegramme: Grundgebühr 80 M. und außerdem für jedes Wort 40 M., für Zustellung bei ungenügender Anschrift 240 M.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der freien Stadt Danzig und dem Remelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Oesterreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. März 1923 an: für Postkarten 180 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 140 M.; für Briefe bis 20 Gramm 300 M., jede weitere 20 Gramm (Reisgewicht 2 Kilogramm) 150 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 240 M., jede weitere 20 Gramm 150 M.; für Drucksachen für je 50 Gramm 60 M.

Die Jahresgrundgebühr für Fernsprech-Hauptanschlüsse ist unverändert geblieben. Erhöht sind dagegen vom 1. März an folgende Fernsprechnutzgebühren: für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle aus 30 M., für ein Ortsgespräch von einer öffentlichen Sprechstelle aus 60 M., für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich von einer Teilnehmerstelle aus 30 M., von einer öffentlichen Sprechstelle aus 60 M.

Kriminalpolizei, mit mehreren Beamten des Dezernats nach Teltow, um mit der dortigen Ortspolizei die weiteren Ermittlungen aufzunehmen. Der Führer der Bande wird beschrieben als ein Mann von etwa 20 Jahren, etwa 1,60 Meter groß. Er hat, wie trotz der Augenmaske gesehen werden konnte, tiefliegende Augen und ein auffallend röthliches Gesicht mit verlebten Zügen und trug einen dunkelblauen Jacketanzug und einen steifen Hut. Ein zweiter ist etwa 18 bis 20 Jahre alt, etwas größer und kräftig, hat ein schmales blaues Gesicht und trug einen grauen Ueberzieher und einen dunklen steifen Hut. Auf die Erarbeitung der Bande wird eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an das Raubdezernat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Der Milchpreis ist für die nächste Woche auf 720 M. festgesetzt, wovon 546 M. an die Erzeuger gezahlt werden. Die Einzelkalkulation liegt uns nicht vor. Wir werden auf die ganze Berliner Milchwirtschaft nach der Beratung der Ernährungsdeputation am Montag zurückkommen.

Eine „Jägerwoche“ mit Gewehrausstellung wird in Berlin vom 14. bis 21. Februar veranstaltet. Beteiligt sind mehrere große Verbände, z. B. der Allgemeine Deutsche Jagdschützenverein und die Waffen- und Munitionsindustrie. Die im Museum für Naturkunde (Invalidentrafik) untergebrachte Ausstellung wurde gestern eröffnet. Zu der Eröffnungsfeste war auch der preussische Landwirtschaftsminister erschienen. Die Gewehrabteilung der Ausstellung ist reich an prächtigen Stücken. Angeschrieben sind aus den Sammlungen des Naturkundemuseums die zum Waldwerk in Beziehung stehenden Mitteilungen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas gelinder, ziemlich trübe und neblig mit leichten Schneefällen und mäßigen nordwestlich östlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zur Nachahmung empfohlen! Die Stadtverordnetenfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat für die Bezirkskasse 83 160 M. gesammelt und abgeliefert. Allen Spendern hierdurch herzlichsten Dank. J. A.: Hier Pagels.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Heute, Freitag, den 16. Februar.

Abendklub. Jugendheim Bismarckstr. 12. Vortrag: „Die Entfaltung der Arbeiterbewegung.“ — **Ortsklub.** Jugendheim Chausseest. 42. Vortrag: „Kunst und Proletariat.“ — **Charlottenburg.** Jugendheim Köpenickerstr. 3. Lichtbildvortrag: „Berlin und Umgebung.“ — **Landsberger Viertel.** Jugendheim Gemeindefabrik Dillener Str. 18. Lesabend: „Am Anflug in den Weltraum.“ — **Reuthaus 1.** Jugendheim Kogelstr. 2. Diskussionsabend: „Gemeinschaftsgeist in der Jugendbewegung.“ — **Rudow 1.** Jugendheim Christburger Str. 14. Vortrag: „Die russische Revolution von 1917.“ — **Rudow 2.** Jugendheim Gemeindefabrik Scherrenbergstr. Vortrag: „Das neue Jugendbewusstsein.“ **Südend.** Jugendheim Sobanstr. 12. Diskussionsabend: „Arbeiterjugend und Republik.“

Devisenkurse.

	16. Februar		15. Februar	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 holländischer Gulden	7481.57	7468.68	7655.81	7694.19
1 argentinische Papier-Peso	6982.50	7017.50	7206.98	7248.07
1 belgischer Franc	1007.47	1112.53	1007.47	1012.53
1 norwegische Krone	3418.43	3433.57	3591. —	3600. —
1 dänische Krone	3491.25	3508.75	3665.81	3684.19
1 schwedische Krone	4887.75	4912.25	5187.12	5162.88
1 finnische Mark	—	—	802.26	802.74
1 japanischer Yen	9077.25	9122.15	9077.25	9122.75
1 italienische Lire	912.71	917.29	912.71	917.29
1 Pfund Sterling	87780. —	88220. —	90523.12	90976.88
1 Dollar	18852.75	18947.25	19451.25	19548.75
1 französischer Franc	1147.12	1152.88	1152.11	1157.89
1 brasilianischer Milreis	2144.62	2155.38	2144.62	2155.38
1 Schweizer Franc	8800.97	8819.03	9015.93	9034.07
1 spanische Peseta	2992.50	3007.50	3017.45	3032.55
100 österr. Kronen (abgek.)	—	—	27.08	27.29
1 tschechische Krone	576.55	579.45	573.56	576.44
1 ungarische Krone	—	—	7.18	7.22
1 bulgarische Lewa	108.78	109.28	106.78	107.27
1 jugoslawischer Dinar	—	—	191.59	192.45

Gewerkschaftsbewegung

Der Boykott — je nachdem.

Im „Berliner Tageblatt“ wurde gestern früh der Boykott als eine wirksame Waffe bezeichnet. Die Gewerkschaften wissen dies und greifen daher auch in all den Fällen, in denen es ihnen notwendig und erfolgversprechend erscheint, zu diesem Kampfmittel. Sie erleben dabei durchweg, daß sich mit dem betroffenen Unternehmertum fast die gesamte bürgerliche Presse über solchen „Terror“ in den höchsten Loben stützlich Entrüstung ergeht und die Justiz bemüht ist, irgendeinen Anhaltspunkt zu gewinnen, um den Boykottverhängern den Prozeß zu machen.

Ueber die Produkte der Firma E. Remy u. Cie. in Wvgmael (Belgien) hat die Exklusive der Internationalen Union der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie den Weltboykott verhängt. Die Firma E. Remy u. Cie. stellt ein großkapitalistisches Unternehmen dar. Sie nennt die größte Mühle Belgiens ihr eigen; sie betreibt außerdem eine der größten Stärkeliiedereien der Welt. Die sogenannte Königsreisstärke, die in Paleier, versehen mit dem Löwenkopf, in den Handel gebracht wird, ist weltbekannt.

Das Bestreben der Firma war von jeher auf die Erzielung großer Profite und die Zahlung niedriger Löhne gerichtet. Für die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft hatte die Firma noch nie Verständnis. Ihnen setzte sie die Macht ihres Geldes entgegen.

In der Nachkriegszeit arbeiteten alle belgischen Mühlen für den Staat. Während dieser Zeit waren die Firmen gehalten, die vereinbarten Lohnsätze zu zahlen. Sie waren auch gehalten, gegen die Organisationen der Arbeiter keine Kampfstellung zu beziehen. Die Aufhebung der staatlichen Regelung der Wirtschaft gab der Industrie ihre volle Handlungsfreiheit zurück. Damit war für die Firma Remy der Zeitpunkt gekommen, den Kampf gegen die Arbeiterschaft aufzunehmen. Der in Wvgmael und Umgebung im Wachstüm begriffenen Arbeiterbewegung mußte der Todesstoß gegeben werden.

Die Forderungen der Arbeiter auf Abschluß eines Tarifvertrags, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und Gewährung von sechs Ferientagen wurden abgelehnt. Die Arbeiter traten in den Streik, der Streik endete erfolglos, worauf 57 Arbeiter gemahregelt wurden, von denen vier über 40 Jahre, zehn über 30 Jahre und neun über 20 Jahre im Dienst des Unternehmens standen. Diese Maßnahme wurde mit dem Boykott beantwortet, der natürlich auch in Deutschland befohlen werden muß.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt es dahingestellt sein, ob der Boykott in diesem Falle berechtigt ist oder nicht, meint aber, daß es weit wichtiger sei, den Boykott über die Firma Poincaré u. Cie zu verlängern, die nicht nur 57 Arbeiter, sondern Hunderttausende von deutschen Arbeitern allmählich zur Arbeitslosigkeit verurteilt, mit brutaler Gewalt, mit Raub und mord eine Industriebevölkerung von vier Millionen Menschen peiniget.

Wie wäre es, wenn der Internationale Gewerkschaftsbund nicht nur über die Stärkeliiederei in Wvgmael, sondern über die französischen Waren in ihrer Gesamtheit den Boykott verhängte, wenn seine Mitglieder in allen Ländern französische Waren weder verladen, noch verschifft, noch mit der Eisenbahn befördert würden, so lange der Raubzug in Westdeutschland am Werke ist?

Wenn man im Zustande fest davon überzeugt wäre, daß das deutsche Unternehmertum sein Möglichstes dazu beigetragen hat, die Reparationsleistungen zu erfüllen, ließe sich darüber wohl reden. Allein die Dinge stehen leider so, daß selbst die deutsche Arbeitnehmerschaft, die das üble Beispiel der Steuereinstellungen an das Deutsche Reich vor sich sieht, nicht einmal davon überzeugt ist. Das erschwert natürlich die Situation der deutschen Gewerkschaften innerhalb der Gewerkschaftsinternationale ungemein, abgesehen von anderen Hemmungen, die einem solchen Unternehmen im Wege stehen.

Jedenfalls begrüßen wir die prinzipielle Zustimmung zu dem Boykott als gemeinschaftlichem Kampfmittel, zumal man heute in Deutschland auch die passive Resistenz als Kampfmittel gelten läßt. Für die Maßnahmen der Gewerkschaften, ob national oder international, sind natürlich nicht die Wünsche und Absichten des Unternehmertums maßgebend, sondern einzig und allein die Lebensinteressen ihrer Mitglieder.

Die Staaten von größter wirtschaftlicher Bedeutung.

Das Internationale Arbeitsamt steht unter Leitung eines Verwaltungsrates, der aus Vertretern der Regierungen, der Unternehmer und Arbeiter gebildet ist. Von den 12 Regierungsvertretern sind 8 durch jene Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation zu benennen, die von größter wirtschaftlicher Bedeutung sind. Diese Bestimmung gab zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß, weshalb der Völkerbundrat einen Sonderausschuß zur Feststellung des genauen Sinnes der Worte „wirtschaftliche Bedeutung“ einsetzte. Der Bericht dieses Ausschusses wurde jüngst in den „Amtlichen Mitteilungen“ des Internationalen Arbeitsamts veröffentlicht. Es heißt dort unter anderem, daß keines der staatlichen Verfahren, die zur Feststellung der wirtschaftlichen Bedeutung der Staaten vorgeschlagen wurden, ein Ergebnis von zweifelsfreier Sicherheit haben können. Nach Erörterung einiger dieser Vorschläge empfahl der Ausschuß, die vom Organisationsausschuß der ersten Internationalen Arbeitskonferenz aufgestellten Kriterien mit gewissen Änderungen beizubehalten, nämlich die gesamte wirtschaftstätige Bevölkerung; deren Verhältnis zur Gesamtbevölkerung; die Summe der mechanischen Antriebskräfte (Dampf- und Wasserkraft); die durchschnittlich auf die Person treffende Antriebskraft; die Gesamtlänge der Eisenbahnen; die Eisenbahnlänge auf je 100 Quadratkilometer Bodenschläge; die Stärke der Handelsmarine. Nach einem Vorschlag von Baron Tschol, der sich auf diese Kriterien stützt und dem der Völkerbundrat zustimmte, haben die folgenden 8 Mitgliedsstaaten der Arbeitsorganisation die größte wirtschaftliche Bedeutung: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Japan, Kanada.

Die „innere Umstellung“ der Unternehmer.

DLB. verbreitet folgende Erklärung: „Wir nehmen Bezug auf die von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände dem „Vorwärts“ und denjenigen Zeitungen, welche dessen Notiz, „Die innere Umstellung der Unternehmer“ in Nr. 69 (10. Februar abends), sowie in Nr. 75 (14. Februar abends) abgedruckt haben, zugesandte Verächtigung. Auch unsererseits stellen wir fest, daß ein „Deutscher Arbeitgeberverband für Industrie, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr“ nicht besteht und daß unsere Namen in dem diesem angeblichen Arbeitgeberverbande zur Post gelegten Rundschreiben gefälscht sind. Wir wissen weder von einem derartigen Schreiben, noch stehen wir sonst mit der Veröffentlichung des „Vorwärts“ in irgendeiner Verbindung. gez. Dr. v. Rarger, gez. Dr. Bränner.“

Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück, sobald unsere Feststellungen abgeschlossen sind.

Generalversammlung der Steindrucker.

Die Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe waren am Donnerstag nachmittags im Gewerkschaftshause versammelt, um den Jahresbericht entgegenzunehmen, der vom Kollegen Hoffmann gegeben wurde. Der Referent gab zunächst einen Überblick über die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Zu den eigenen Berufsverhältnissen führte Hoffmann aus, daß, wenn

Schädlich sanktionierter Kohlenwucher.

In Nr. 76 des „Vorwärts“ vom 15. Februar teilten wir die neue Kohlenpreiserhöhung mit, die von den zuständigen Stellen mit der am 15. d. M. eingetretenen Erhöhung der Bahnfracht begründet wurde. Wie knüpften daran die Bemerkung, daß es ganz selbstverständlich sei, daß die Kohlenhändler die noch bei ihnen lagernden Bestände, die noch zu den alten Frachtsätzen befördert wurden, auch noch zu den alten Preisen an das Publikum abzugeben werden müßten. Wir forderten das Publikum auf, selbst eine strenge Kontrolle zu üben und jeden Fall, der bekannt wird, sofort unmissverständlich der Wucherpolizei zu melden. — Leider mußten wir heute feststellen, daß eine Verordnung des Berliner Magistrats besteht, nach der die Kohlenhändler angeblich „berechtigt“ sind, die Kohlen ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis von dem Tage an zum höheren Preise zu verkaufen, der von der Behörde festgesetzt wurde. Die neue Kohlenpreiserhöhung, die gerade in der jetzigen Kälteperiode zahlreiche arme Familien auf das bitterste trifft, ist ausdrücklich mit der Frachtpreiserhöhung begründet worden. Bei vielen Händlern lagern größere Bestände aus früheren Lieferungen, da schon bei dem alten Preise viele Familien die ihnen zustehenden Mengen aus Mangel an Mitteln nicht abholen konnten. Alle diese Händler erhalten so durch die famose Verordnung des Magistrats aus Kohlen der Bevölkerung einen Extraprofit zugeschanzt, denn eine Anzeige bei der Wucherpolizei haben sie ja nicht zu fürchten. Hier und da soll es ja vorkommen, daß gerechtdenkende Händler von sich aus eine solche „rechtlche“ Bemüherung des kaufenden Publikums verzichten. Es ist im Interesse der Konsumenten auf das energischste zu fordern, mit einer Verordnung aufzukommen, die nur als skandalös, volksfeindlich und unsinnig bezeichnet werden kann. Bei jeder Gelegenheit fordern die Behörden zur Wucherbekämpfung auf und appellieren an die tatkräftige Mitwirkung des Publikums. Durch solche Verordnungen, wie die hier gekennzeichnete, kann die Lust zur Mitarbeit wirklich nicht gefördert werden, vielmehr ist es der Wucher, der allein eine Begünstigung erfährt. Es mutet an wie eine Dresführung der Bevölkerung, wenn die neueste Kohlenpreiserhöhung mit den Frachtkosten begründet wird, während man es den Händlern erlaubt, die zu geringeren Frachtsätzen bezogenen Kohlen mit dem neuesten Frachtsatz zu belasten. Niemand wird in dieser Maßnahme auch nur ein Quentchen Barmut erliden können.

Man wird dabei wieder die bekannte Ausflucht einwenden, daß es unmöglich sei, die Kohlenplätze zu kontrollieren. Wir glauben, daß die Behörden hier auf tatkräftige Mitarbeit der Käuferschaft rechnen könnte. Wenn alsdann jeder zur Anzeige gelangende Fall von unrechtmäßiger Preisforderung eingehend nachgeprüft wird, wird sicherlich auch die Ueberbeteiligung des Publikums ganz wesentlich unterbunden werden.

Die neuen Kokspreise.

Die Kokspreise erfahren vom 19. d. M. eine Erhöhung. Wie das Kohlenamt mitteilt, sind folgende Sätze festgesetzt worden: Kiefern- und Eichenbrand, Gasloks, je Zentner ab Lager 12 400 M., frei Keller 12 725 M. Bei fuhrtenweiser Lieferung ab Lager: Gasloks 12 400 M., westfälischer Schmelzloks 14 655 M., Vichenerberger Schmelzloks und Berliner Kammerloks 14 685 M., oberdeutscher Schmelzloks 13 790 M., niederdeutscher Schmelzloks 13 855 M., sächsischer Hüttenloks 12 990 M.

Der Raubüberfall auf das Postamt Teltow.

Ausbreitung einer hohen Belohnung.

Das Postamt Teltow ist, wie bereits heute morgen gemeldet, von einer maskierten und bewaffneten Räuberbande überfallen worden. Das Amtsgebäude in Teltow ist das letzte Haus an der Zehlendorfer Straße. Es liegt abends ziemlich im Dunkeln, so daß es nicht schwer ist, sich auf dem Posthof zu verstecken. Diese Verhältnisse müssen die Räuber, wahrscheinlich wieder Berliner, ausgehulshafte haben, ebenso die Lage der Telegraphen- und Telefonleitungen. Hiernach haben sie ohne Zweifel einen Ueberfall von langer Hand vorbereitet. Die Räuber erbeuteten 1 893 549 M. bares Geld, für 100 000 M. Postwertzeichen, für 22 550 M. Postmarken und für 36 500 M. Einkommenssteuermarken. Einem Beamten, der nach Dienstschluß noch hinausgegangen war, benutzten die Räuber auf dem Rückwege. Da die Leitungen abgehackt waren, verpöbelte sich die Benachrichtigung der Polizeibehörden. Als sie verständigt werden konnten und die Ermittlungen aufnahmen, war die Bande bereits spurlos verschwunden. Heute morgen begaben sich Postdirektor Beinroth und Kriminalkommissar Dräger, der stellvertretende Leiter des Raubdezernats der

